

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint  
an allen Werktagen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20  
monatl. 40 Pf.  
bei allen würt. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nach-  
barnortsverkehr viertelj. M. 1.20  
ausserhalb desselben M. 1.30.  
hievu Postgeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Englstörle etc.

Beitung für Politik,  
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.  
Auswärtige 10 Pfg. die klein-  
spaltige Garmondzeile.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Peitzzeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Abonnements  
nach Uebereinkunft.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

**Der Etat des Departements des Innern,**  
der eben erschienen ist, stellt den Staatsbedarf in diesem Departement für 1905 auf 11 281 220 M. fest, das sind 780 491 M. mehr als im Jahre 1904; für 1906 ist der Bedarf nur ca. 3000 M. höher. Für Quartierkostenzuschüsse ist eine Mehrforderung von je 10 000 M. bestimmt, während die öffentliche Wasserversorgung ein Mehr von je 85 000 M. erfordert. Beim Landjägerkorps ergibt sich ein Mehraufwand von 51 293 resp. 37 513 M. Es sollen 20 neue Landjäger eingestellt werden, was u. a. mit der Notwendigkeit eines ausgehobeneren und wirksameren Schutzes der Landesgrenze gegen Bugeuner und Landstreicher, mit dem Anzug vieler Ausländer aus Anlaß von Straßen- und Bahnbauten und der allgemeinen Steigerung des Verkehrs begründet wird. Für Gefangenentransportkosten wird ein Mehr von je 48 000 M. als erforderlich erachtet. Beim Aufwand für die Staats- und Privatirrenanstalten wird mit einem Mehr von 91 373 bzw. 61 975 M. zu rechnen sein. Für die öffentliche Gesundheitspflege werden mehr gefordert 29 820 bzw. 39 570 M. Die Kosten der Fleischbeschau sind veranschlagt auf 5 750 bzw. 15 500 M. Die Zentralfelle für die Landwirtschaft erfordert bei einem Gesamtaufwand von rund 800 000 M. ein Mehr von 141 115 bzw. 144 115 M. Der Etatsjah für die Förderung der Rindviehzucht und des Molkereiwesens, der im letzten Etat von 100 000 auf 110 000 M. erhöht wurde, soll jetzt auf 120 000 M. festgesetzt werden, insbesondere für Unterstützung der Jungviehweiden und der Einfuhr von Zuchtvieh. Für Zwecke der Gesehäftszucht sind 3000 M., für Vogelschutz 1000 M., für die Fischzucht 5500 M. vorgesehen, für Förderung des landw. Genossenschaftswesens je 45 000 M., für Viehvericherung 40 000 M. (1906: 45 000 M.), für Unterstützung von Düngungs- und Futtermittel 8500 M. Die Kosten der Heblausbekämpfung sind wieder zu je 51 000 M., diejenigen der Ausführung des Reichsweingeseßes zu 9000 M. veranschlagt. Beim Heblausgeseßes- und Restorationswesen ist ein Mehrbedarf von 89 290 bzw. 87 290 M. eingestellt. Seit dem Inkrafttreten des Geseßes von 1886 sind 648 Heblausgeseßesfälle anhängig geworden, von denen 476 ausgeführt oder in Durchführung begriffen sind; beteiligt sind dabei 74 503 Grundeigentümer. Zur Förderung der Hagelversicherung werden je wieder 200 000 M. verlangt, für das Landgeseß je 210 000 M., für die Fohlenaufzuchtanstalt je 23 150 M.

und für Hebung der Privatpferdezucht je 66 500 M.; bei letzterem Titel findet sich eine Erhöhung von 2000 M. für die Beiträge zu neuen Fohlenweiden. Bei der Zentralfelle für Gewerbe und Handel, die einen Aufwand von rund 503 000 M. erfordert, ergibt sich ein Mehraufwand von 57 030 bzw. 56 630 M. Eine neu im Etat auftretende Erzigung ist diejenige von je 7000 M. für die Lehrwerkstätte für das Gerbereigewerbe in Rezingen. Für die Stuttgarter Buchdruckereischule tritt ein neuer Etat mit einer Erzigung von je 2000 M. auf. Ein weiterer neuer Titel mit einer Erzigung von je 5000 M. ist die Beratungsstelle für das gesamte Baugewerbe, die namentlich auch kleineren Meistern auf dem Lande den Wettbewerb erleichtern soll. Als erstmaliger Titel erscheint sodann auch mit einer Erzigung von je 16 000 M. die Förderung des Genossenschaftswesens in Gewerbe und Handel; die Mittel sollen verwendet werden zu den laufenden Verwaltungskosten kleingewerblicher Genossenschaften und Verbände, zur Veranstaltung von Unterrichtskursen über kleingewerbliche Genossenschaften und zu Beiträgen an solche Genossenschaften selbst. Für die Veranstaltung von Meister- und Gesellenkursen werden 14 000 M., 6000 M. mehr als 1904, gefordert. Bei der Gewerbeinspektion, die einen Aufwand von rund 75 000 M. erfordert, zeigt sich ein Mehr von je 11 000 M. zur Vermehrung des Aufsichtspersonals und der zunächst versuchsweise beabsichtigten Inzisierung eines Arztes zur Ausübung der Gewerbeaufsicht. Für die Arbeitsvermittlung werden wieder 10 000 M. gefordert. Der Etat des Straßenbaues figuriert mit 3 890 057 M., das ist ein Mehr von 92 495 M. Die Gesamtlänge der Staatsstraßen beträgt jetzt 2753 Kilometer, ca. 17 Kilometer mehr als in der letzten Etatsperiode. Im Straßenbausetat für 1905/07 sind u. a. als dringend notwendige Bauten bezeichnet: Erbreinerung der Erzbrücke bei Neuenbürg 25 000 M., Verbesserung der Staatsstraße zwischen Rottweil und Södingen (bei Böhlingen) 38 500 M., Umbau der Schmiedehäbrücken in Ebingen und Dnsmietingen 35 000 M., Verbesserung der Staatsstraße zwischen Mönningen und Bremelau 70 000 M., Verbesserung der Staatsstraße zwischen Ravensburg und Weingarten 50 000 M. Als wünschenswert wird bezeichnet der Bau einer neuen Donaubrücke in Tuttlingen an Stelle der alten hölzernen mit 120 000 M., der Umbau der oberen Neckarbrücke in Sulz mit 135 000 M., die Verbesserung der Staatsstraße Böblingen-Caimbach in der Mark-

ung Calw mit 120 000 M. u. a. Die dringend notwendigen Straßenbauten sind im ganzen veranschlagt zu 1 230 300 M., die wünschenswerten auf etwas über 3 000 000 M. Staatsbeiträge werden im Flußbausetat vorgeschlagen u. a. für Verbesserungen der Eyach und der Schmieda 200 000 M. Für milde Zwecke sollen 180 461 M. ausgeben werden. Die öffentliche Armenpflege erfordert jährlich 245 600 M. (5200 M. mehr als in der letzten Etatsperiode) und die Zwangserziehung Minderjähriger 57 900 M. bzw. 62 900 M. (10 200 M. bzw. 15 200 M. mehr.)

### Aus der Sozialdemokratie.

#### Das Urteil über Mehring.

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Berliner Preschkommission veröffentlichten im „Vorwärts“ ihre Entscheidung in dem „Jungbrunnenstreit“ zwischen Mehring und „Leipziger Volkszeitung“ einerseits und dem „Vorwärts“ andererseits. Der Atlas zählt sämtliche Beschimpfungen Mehrings gegen das Zentralorgan auf und fährt dann fort: „Nur die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, das, statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin- und herzuwankt und für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Partei längst zum rudimentären Organ geworden sei, nötigt uns zu einer Bemerkung. Wenn diese Behauptung der Wahrheit entspräche, so würden Parteivorstand und Preschkommission mit Recht die schwersten Vorwürfe treffen, denn es wäre eine Pflichtvergessenheit der schlimmsten Art, eine solche Redaktion an dem ihrer Aufsicht unterstellten Zentralorgan der Partei zu dulden. Es ist allgemein bekannt, daß über die Haltung des „Vorwärts“ in einigen Fragen der Parteitaktik Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und der Redaktion bestanden haben. Niemals aber hat der „Vorwärts“ zu einer ehrenkränkenden und beleidigenden Verurteilung Veranlassung gegeben, wie es durch den Genossen Mehring in den oben zitierten Äußerungen geschehen ist. Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Herabwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Mehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ beliebt. Eine derartige Kampfesweise gegen ein Parteiorgan muß notwendig zur schwersten Schädigung und zur Zerrüttung der Partei führen.“

### Der letzte Tag eines Verurteilten.

Von Victor Hugo.

Fortsetzung.

Der Verteidiger erhob sich. Ich begriff, daß er den Spruch der Geschworenen abzuschwächen suchte, um an Stelle der Todesstrafe eine lebenslängliche Freiheitsstrafe durchzusetzen, auf die er von Anfang an gehofft und die mich so aufgebracht hatte. Die Erbitterung in mir mußte wohl sehr groß sein, um sich Bahn durch die tausend Empfindungen zu brechen, die in meinem Innern tobten. Ich wollte mit lauter Stimme wiederholen, was ich dem Verteidiger schon vorher gesagt hatte: Hundertmal lieber den Tod! Aber der Atem fehlte mir. Ich konnte ihn nur heftig am Aermel fassen und ihm mit äußerster Kraftanstrengung zurufen: Nein! Der erste Staatsanwalt widerlegte meinen Verteidiger, und ich hörte mit einem stumpfen Gefühl der Gemüthung zu. Dann gingen die Richter hinaus, um nach kurzer Frist zurückzukehren, und der Präsident las mein Urteil vor. „Zum Tode verurteilt!“ murmelte die Menge. Als man mich fortführte, strömte die Menge hinter mir her mit einem Getöse, wie es ein einstürzendes Haus verursacht. Ich ging wie betäubt hinaus. In meinem Innern wurde es Nacht. Bis zu dem Todesurteil hatte ich gefühlt, daß ich atmete und lebte wie andere Menschen. Jetzt war es mir, als sei eine Mauer zwischen mir und der Welt errichtet. Alles erschien mir anders als vorher.

Die breiten hellen Fenster, die schöne Sonne, der klare Himmel, die tiefe Blume, alles war erbleicht, als sei ein Reichtum darüber geworfen. Die Männer, die Frauen und die Kinder, die sich um mich drängten, grüßten mich an wie Gespenster. Am Fuße der Treppe erwartete mich ein schwarzer und schmutziger Wagen mit Gitterfenstern. Als ich einstieg, blühte ich noch einmal über den Platz. „Ein Verurteilter!“ schrien die Vorübergehenden, und ließen auf den Wagen zu. Durch die Wolke, die wie mir schien, sich zwischen mich und die übrige Welt gelegt hatte, sah ich zwei junge Mädchen, die mich mit neugierigen Blicden verfolgten. „Schön,“ rief die Jüngere, und klatschte in die Hände, „in sechs Wochen giebt's also eine Hinrichtung.“

### III

Zum Tode verurteilt! Warum nicht? „Die Menschen,“ erinnere ich mich in irgend einem Buche gelesen zu haben, in dem nur diese eine zutreffende Stelle zu finden war, „die Menschen sind alle zum Tode verurteilt, freilich mit unbestimmter Frist.“ Inwiefern hat sich nun hiernach meine Lage eigentlich verändert? Wie viele sind seit der Stunde, in der mein Urteil mir verkündet worden ist, gestorben, die auf ein langes Leben hofften! Wieviele sind mir vorausgegangen, die jung, frei und gesund, sich vorgenommen hatten, den Tag den Tag nicht zu versäumen, an dem mein Kopf auf dem Grebeplatz fallen soll. Wie viele, die heute noch in freier Luft atmen und sich ihres Daseins freuen, werden bis dahin mir dennoch in den Tod vorangehen!

Und dann, was hat denn das Leben noch so Angenehmes für mich? Ein ddes Leben in einer Zelle, schwarzes Gefängnisbrot, schmale Portionen Fleischbrühe, aus dem Kibel der Zuchthaussträflinge geschöpft. Ich kann angeschauzt und mißhandelt werden, von Schlichtern und Aufsehern — ich, der ich durch eine gute Erziehung veredelt bin! Ich sehe kein menschliches Wesen mehr, das mich noch eines Wortes würdig erachtet und dem ich antworten kann. Unaufhörlich jagt mir meine Tat Grausen ein und ich zittere: was wird noch mit mir geschehen? — Das ist so ziemlich die ganze Herrlichkeit, die mir der Hentler noch rauben kann.

### IV

Der schwarze Wagen brachte mich hierher, nach dem gräßlichen Bieetre. Von Weitem gesehen, hat dieses Gebäude etwas Majestätisches. Es breitet sich am Horizont, auf dem Gipfel eines Hüfels, aus und wagt auf Entfernung noch etwas von seiner alten Pracht. Es sieht wie ein Königsschloß aus. Aber je näher man herankommt, desto mehr wird das Schloß einer Ruine ähnlich. Die verfallenen Giebel beleidigen das Auge. Es ist, als ob eine Schicht von Schande und Aermlichkeit diese königlichen Fassaden beschmutzt hätte; man könnte sagen, die Mauern hätten den Ausfall. Keine Schreien mehr, keine Fensterhaken, aber massive Eisenstangen kreuz und quer, an die sich hie und da das abgesehrte Gesicht eines Zuchthäuslers oder eines Wahnsinnigen anlehnt. So sieht das Leben in der Nähe aus! Fortsetzung folgt.

**Eine schlechte Ansrede!**

Nicht nur in volksparteilichen Kreisen ist man einigermaßen erstaunt über den herzlich unbedeutenden Verlauf der Landesversammlung der Deutschen Partei in dieser politisch doch nicht ganz bedeutungslosen Zeit. Der deutsche Liberalismus versucht sich gegenwärtig, in der Erkenntnis der staatlichen Notwendigkeit, zu neuer Bedeutung in Deutschland durchzurufen. Nicht nur der Linksliberalismus pflegt unter sich den Zusammenschluß. Auch mit dem Nationalliberalismus sind vielfach taktische Verständigungen erfolgt, die sich in Bayern bis zu einem gemeinsamen Wahlausruf verdichtet haben, — es geht also etwas vor! Und man weiß sogar was! Nur auf der Landesversammlung der württembergischen Nationalliberalen scheint man es nicht gewußt zu haben! Das fällt um so mehr auf, als zwei Tage zuvor in der Landesversammlung der Volkspartei die „liberale Frage“ ernst und sachlich erörtert und die Stellung der Volkspartei ziemlich erkennbar präzisiert wurde. Weniger zur Belehrung des Gegners, als zur Beschwichtigung der Unzufriedenen in den eigenen Reihen muß nun die deutschparteiliche Presse die Unzulänglichkeit der deutschparteilichen Versammlungsreden mit der Aeußerung Bayers begründen:

„Bären die Einflußreichen einmal die Lasten, und zwar so, wie es ihrer Leistungsfähigkeit angemessen ist, so hat auch die Stunde der letzten Heeresvermehrung geschlagen.“

Dazu wird in deutschparteilichen Blättern bemerkt: „Wenn das „Freiwirtschaftliche“ Bürgertum das „liberale“ Bürgertum in dieser Weise einschätzt, dann ist es begreiflich, wenn auf der Versammlung der Deutschen Partei der Gedanke einer „Allianz“ ausdrücklich abgewiesen wurde.“

Diese Ansrede ist natürlich mehr als schwach. Im Uebrigen haben es die Militärbewilligungsfreunde ja in der Hand, die Aeußerung Bayers dadurch Lügen zu strafen, daß sie die Bestrebungen auf Schaffung einer direkten progressiven Reichsteuer, die Leben seiner Leistungsfähigkeit gemäß heranzieht, zu unterstützen! Bisher haben die Bewilliger die Lasten durch die indirekte Steuer immer in der Hauptsache auf die „schwachen Schultern“ gelegt; und leider scheint es nochmals so gehen zu wollen. Wir hoffen, daß sich diejenigen, die sich über das Wort Bayers enträsten, mit mindestens derselben Entrüstung derartigen Absichten widersetzen!

**Württemberg. Landtag.**

Stuttgart, 13. Jan.

Bei der fortgesetzten Beratung der in Art. 10a der Bezirksordnung niedergelegten Bestimmung bezüglich der Uebernahme des oberamtlichen Gefängniswesens auf den Staat wurde eine Einigung nicht erzielt und der Artikel an die Kommission zurückverwiesen. Rembold-Gmünd schlug vor, daß diejenigen Anstaltskörperchaften, die bisher nur geringfügige Aufwendungen auf das oberamtliche Gefängniswesen machten und deren Gefängnisgebäude etc. einen Wert von weniger als 10 000 Mark haben, dem Staat eine Entschädigung zu zahlen hätten, und zwar in der Höhe des Betrages, um welchen der Schätzungswert des Gefängnisgebäudes hinter der bereits in der vorhergegangenen Sitzung beantragten Entschädigungsgrenze von 10 000 Mk. zurückbleibt, andererseits sollten dann diejenigen Anstaltskörperchaften, welche zum Teil in jüngster Zeit noch größere Aufwendungen für ihre Gefängnisse machten, vom Staat entschädigt werden und zwar zu einem Drittel des Betrages, um welchen der Schätzungswert des Gebäudes die Summe von 10 000 Mark übersteigt. Der Minister des Innern stellte sich diesem Antrag nicht unfreundlich gegenüber, während die Abgeordneten derjenigen Bezirke, welche bisher einen nur geringen Aufwand für ihr oberamtliches Gefängnis machten und dementsprechende Entschädigungen an den Staat abzuführen hätten, von der hier vorgeschlagenen Regelung nichts wissen wollten. Der Abg. Liesching meinte so, daß der Minister es meisterlich verstanden habe, die Vertreter dieser Bezirke gegen seine (Lieschings) Anträge „aufzuheben“, ein Ausdruck, den Liesching nach einer Mahnung des Präsidenten zur Mäßigung unter der Heiterkeit des Hauses in „aufzufordern“ rückwärts remidierte. Art. 14 ordnet die Aufgaben und Verhältnisse der Oberamtsparlamente neu. Heute hörte man nur die Referate der beiden Berichterstatter Liesching und Sommer darüber an.

**Im Reichstag**

ging gestern die Beratung des Justizetats weiter. Der freisinnige Herr Leuzmann erzielte starke Wirkung durch eine sachliche Kritik unseres Justizwesens. Als der Redner neben dem „Fall Kuhstrat“ auch den „Fall Hässener“ anzog und Ausführungen über die angeblich sehr bequeme Art der Strafverbüßung dieses Herrn verlangte, fertigte Staatssekretär Dr. Nieberding den Redner mit der Bemerkung ab, er, der Staatssekretär, „sei kein Mädchen für alles“; das gehe den Kriegsminister an und der habe keine Zeit, bei Beratung eines fremden Ressorts in den Reichstag zu sitzen und zu warten, bis der Fall Hässener drankomme! Im Laufe der Debatte führten mehrere Redner Einzelfälle an, um darzutun, daß in Deutschland nicht mehr alle gleich seien vor dem Gesetz. Der Staatssekretär bemerkte daraufhin, man möchte ihm solche Fälle vorher anzeigen, damit er sie untersuchen könne!

**Südwestafrika vor der Budgetkommission.**  
In der Budgetkommission erklärte Staatssekretär von Stengel, daß der Reichskanzler kein Bedenken trage, um Indemnität für Ausgaben in Südwestafrika zu bitten. Kolonialdirektor Stübel erklärte auf Anfragen, in den nächsten Tagen gebe dem Reichstag eine Darlegung zu.

Mit den Verstärkungen, die noch auf dem Meere schwimmen, seien 519 Offiziere, 154 Beamte, 11 068 Mann, 9987 Pferde, 54 Geschütze und 16 Maschinengewehre auf dem Kriegsschauplatz; bis Ende Dezember waren 42 Millionen Mark verausgabt; sehr viel höher als bei der ostasiatischen Expedition (1) würden die Kosten nicht werden. Gefallen sind bei der aktiven Schutztruppe 35 Offiziere, 75 Unteroffiziere und 363 Reiter, bei der Marine 7 Offiziere, 11 Unteroffiziere und 72 Gemeine, von den Farmern und der Reserve 12 Offiziere und 177 Mann. Gegenüber Mäler-Reinigen fährt Stübel aus, um neue Ziele und Zwecke handle es sich bei der Expedition nicht. Das Ziel sei nach wie vor die Niederwerfung des Aufstandes. Nach weiterer Debatte vertagt sich die Kommission auf Dienstag.

**Politische Rundschau.**

**Deutschland. Eine Mißachtung des Reichstags.** Mit seltener Einmütigkeit haben Donnerstag in der Budgetkommission des Reichstags die Vertreter aller Parteien dagegen protestiert, daß die Reichsregierung, ohne den Reichstag zu fragen, große Aufwendungen für Südwestafrika gemacht hat. Alle Parteien erblicken darin eine Mißachtung des Reichstages und eine Verletzung der Verfassung, und alle verlangen, daß der Reichskanzler wenigstens nachträglich Indemnität für die ohne verfassungsrechtliche Genehmigung gemachten Ausgaben einhole. Das wird Graf Bülow natürlich tun, aber es darf sich doch Niemand darüber täuschen, daß durch diese nachträgliche Indemnität, die seit Jahren zu einer gewissen Praxis gewordene verfassungswidrige Verwendung großer Summen, wo es sich um militärische Dinge handelt, in Zukunft nicht verhindert werden wird.

**Serbien. Gegen die Königsmörder.** Das diplomatische Korps in Belgrad hat bei der serbischen Regierung einen gemeinsamen Schritt gegen die Königsmörder unternommen. Die Veranlassung hierzu war der Umstand, daß bei dem Mahl, das König Peter zu Ehren des neuen italienischen Gesandten veranstaltete, auch die beiden Haupturheber des Königsmordes, die Obersten Popowitsch und Maschin, an der Hofgesellschaft erschienen. Da sämtliche Vertreter der fremden Mächte in dem Wunsche übereinstimmten, derartigen Begegnungen mit den Königsmördern bei offiziellen Anlässen nicht mehr ausgelegt zu sein, so wurde der österreichische Gesandte, Baron Dumba, als Donen des diplomatischen Korps mit der Aufgabe betraut, Schritte bei dem serbischen Minister des Aeußern zu unternehmen.

**Italien. Vatikan und Quirinal.** Dem Umstand, daß der Herzog und die Herzogin von Genoa dieser Tage einer Heiligensprechung in der St. Peterskirche anwohnten und nachher den Vatikan besuchten, wird große politische Bedeutung beigelegt.

**England. Ministerpräsident Balfour** hielt in Glasgow eine Rede, in der er hervorhob, daß das wahre Problem der Verteidigung Englands in Afghanistan liege. Durch die von Lord Kitchener in Indien eingeführte Heeresorganisation habe sich die Leistungsfähigkeit der indischen Armee gewaltig gehoben. Das Ergebnis der Flottenreform sei, daß die Kampfkraft der englischen Flotte während der ersten 24 Stunden eines Konflikts mit einer fremden Macht verdreifacht werde. Die Erfolge der Regierung in Bezug auf Erhaltung des Friedens seien noch größer gewesen, England habe die Führung im Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen übernommen.

**Indien. Ein Eingeborenenkampf.** Zwischen dem Fürsten von Sir und dem Fürsten von Nawagai hat ein Kampf begonnen. Letzterer eroberte ein Fort. Eine englische fliegende Kolonne ist aufgebrochen, um möglicherweise den Fürsten von Sir zu unterstützen.

**Aus dem Ruhr-Revier.**

(Bochum, 12. Jan. Die Delegiertenversammlung hat die Forderungen der Bergleute folgendermaßen formuliert: 1) 9stündige Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt für 1906; 2) 8 1/2stündige Arbeitszeit einschließ-

lich Ein- und Ausfahrt für 1906; 3) die Wagen werden nach Gewicht berechnet; 4) die Wagenkontrollen bezahlt die Belegschaft; 5) der Minimallohn für Häuer beträgt 5 Mk., für Schleppler 3,80 Mk., für Pferdetreiber und Bremser 3 Mk.; 6) wird die Schaffung von Arbeiterausschüssen gefordert; 7) Deputatlohn sind zum Selbstkostenpreis zu überlassen; 8) wird gefordert eine Reform des Knappschaftswesens nach dem Programm der Arbeiterorganisation; 9) es dürfen keine Abzüge und Strafen für den Streik erfolgen; 10) das Oberbergamt wird als Einigungsamt vorgeschlagen.

Essen a. R., 14. Jan. Die Zunahme der Zahl der Streikenden von gestern auf heute ist nicht stark gewesen. Im Ganzen schätzt man 69 000 Streikende von 90 Zechen. Die Aussicht auf Verhinderung des Generalstreiks ist nicht mehr sehr groß.

Essen a. R., 13. Jan. Auf einigen Zechen kam es gestern beim Schichtwechsel zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitwilligen, besonders auf der Zeche „Konfordia“ bei Oberhausen, wo etwa 1500 Ausständige auf den Zechenplatz drangen und Arbeitwillige mißhandelten.

Ruhrort, 14. Januar. 100 Schulleute besetzten die Stimmzettel. Auf Mathias Stimmes stürzten 500 Bergleute den Zechenplan. Die Stimmung wird immer ernster.

**Die Eisenbahnbetriebsmittelgemeinschaft.**

Berlin, 13. Januar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Bei den Regierungsverhandlungen ist der württ. Antrag im einzelnen durchberaten und Johann wegen der anstehenden Berechnungen und Feststellungen im einzelnen ein Ausfluß gewährt worden. Nach Erledigung dieser Zwischenarbeiten wird die gesamte Kommission wieder zusammentreten.

**Handelsvertragsverhandlungen.**

Budapest, 13. Jan. In der getreiden gemeinsamen Ministerkonferenz wurden die schwebenden Fragen beraten und Beschlüsse gefaßt. Die Delegierten reisten heute wieder nach Berlin.

**Der Kolonialkrieg in Südwestafrika.**

Berlin, 14. Jan. Wie Trotha meldet, traf Deuling am 10. Jan. in Stamprietfontein ein. Siegreiche Gefechte hatten folgende Abteilungen: Ritter gegen 200 Eingeborene am 3. Januar, Bengerte und Ritter am 6. Jan. bei Gochas und die vereinigten Verbände am 7. bei Swartfontein gegen die Witbooi unter Hendrik Witbooi. Anobobacht ist vom Feinde gesäubert. Der Feind hatte insgesamt 150 Tote. Sein Widerstand war außerordentlich zäh.

**Vom ostasiatischen Krieg.**

Vizeadmiral Dubassow über die allgemeine Lage.

Der Vertreter Russlands in der Untersuchungskommission für den Zwischenfall in der Nordsee, Vizeadmiral Dubassow, hat in Paris dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“ Marcel Putin erklärt, daß er vor seiner Abreise nach Paris am vorigen Donnerstag dem Zaren ein Marineprogramm vorgelegt habe, das im nächsten Ministerrat nach seiner Rückkehr eingehend geprüft werden soll. Dann fuhr der Admiral fort:

Die großen Linien dieses Programms sind folgende: Ich wies auf meine absolute Ueberzeugung hin, daß Rußland alles anbieten muß, um seine Flotte völlig wiederherzustellen und fertig zu machen, und auf allen russischen und auswärtigen Werften Fahrzeuge bauen zu lassen gezwungen ist, damit es auf dem Meere die Uebermacht wieder erhält. Die Schiffe müssen ohne jede Unterbrechung gebaut werden, Rußland muß sich in Hinblick auf dieses Ziel die nötigen Opfer für eine so große Ausgabe auferlegen; denn diese sind absolut unerlässlich, wenn wir im nächsten Kriege mit Japan den Sieg erringen wollen. Denn der Fall von Port Arthur nimmt uns für den Augenblick jede Hoffnung, die Japaner auf dem Meere zu schlagen. Ich glaube nicht, daß der Admiral Roschdewitsch eine siegreiche Schlacht liefern kann oder auch nur zu liefern gedenkt. Wir brauchen 20 Monate (?), um unser Marineprogramm auszuführen. Sie fragen mich, ob während dieser Zeit nichts auf dem Lande geschehen wird? Ich bin der Ansicht, Europa könnte etwas gegen Korea unter-



nehmen. Aber man muß die Lage zu erkennen wissen und sie lösen, wie peinlich und schmerzlich auch diese anderen Nationalstolze erscheinen möge. Unter diesen Umständen zögere ich nicht mit der Erklärung, daß wir auf einen baldigen Frieden zugehen; wir werden den Japanern Port Arthur und die Gebiete überlassen, die sie in der Mandchurei besetzt halten. Wir werden uns dann entschlossen an die Arbeit machen, denn dieser Friede kann nur ein provisorischer sein. Rußland wird sich eine mächtige und unbeflegliche Flotte schaffen und dann werden wir die zweite Kunde spielen, aber diesmal mit allen Trümpfen in unserem Spiel. — Man sollte es kaum für möglich halten, daß der russische Admiral eine solche Erklärung abgegeben hat. Jedenfalls sind die Japaner nicht so unverständlich, unter solchen Umständen Frieden zu schließen. Die Russen werden sich daher wohl nicht zu viel weitgehenden Zugeständnissen entschließen müssen, wenn sie den heißersehnten Frieden haben wollen.

Die russische Regierung bestellte zwei Kreuzer bei der Hamburger Werft Blohm und Bosh.

Die Subskription auf die russische 4 1/2 % Staatsanleihe ist in Berlin gleich nach der Eröffnung wieder geschlossen worden. Die Uebersetzung ist eine ungewöhnlich große.

**Tokio, 13. Jan.** Der japanische Kreuzer Tokiwa brachte den engl. Dampfer „Koseley“, der mit Kohlen nach Wladivostok bestimmt war, auf.

**München, 13. Jan.** Fürst Karl Alexander zu Lippe ist heute in der Dr. Greither'schen Anstalt für Nervenkranke gestorben.

**Berlin, 13. Jan.** Dr. Baasche hat in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß es ihm gar nicht einfallen sei, zu behaupten, es seien in allerjüngster Zeit ernste Verwicklungen zwischen England und Deutschland nur durch die Geschicklichkeit der deutschen Diplomatie hintangehalten worden. Er habe sich vielmehr dahin geäußert, daß für uns eine größere Gefahr in dem englischen Brotweid liege, als darin, mit dem Nachbar die Künge kreuzen zu müssen. — Herr Baasche muß sich wirklich ungeschickt ausgedrückt haben, wenn er so gründlich mißverstanden worden sein soll.

#### Aus der Partei.

**Seuren, 13. Jan.** Die Rürtinger, 12. Jan. Vor einer glänzend besetzten politischen Versammlung sprach letzten Sonntag Herr Redakteur Kienle aus Stuttgart über die Protestbewegung, die Schulnovelle und die Verfassungsrevision.

**Saizholz, 13. Jan.** Rürtinger, 12. Jan. Auch hier sprach letzten Sonntag Herr Redakteur Kienle aus Stuttgart vor einer zahlreichen erschienenen Zuhörerschaft. Das Thema lautete: „Der Kampf um die Volksrechte“. Redner erntete reichen Beifall.

#### Ueber württembergische Schulzustände

Der württembergische Schulzustände sprach Bürgerausschuhobmann Lehrer Böcher Freitag Abend im Nationalsozialen Verein in Stuttgart. Württemberg habe den Ruhm, so führte Redner etwa aus, eines der ältesten Volksschulgesetze zu besitzen. Was jedoch im Jahre 1838 ein bedeutsamer Fortschritt war, sei nicht auch ein solcher zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Andere Länder haben erst in den 60er und Anfang der 70er Jahre eine Schulgesetzgebung geschaffen, diese aber auf liberaler Grundlage aufgebaut. Eine Umschau in anderen deutschen und außerdeutschen Staaten ergebe, daß überall zumeist günstigere Verhältnisse herrschen, als in Württemberg, dem Lande der unerschütterlichen geistlichen Schulaufsicht. Württemberg stehe anderen Staaten gegenüber zurück bezüglich der Schulaufsicht, des Lehrplans, der Lehrerbildung, der Schulpflichtigkeitsdauer, der Organisation u. Schullassen in Volksschulen mit 100 und mehr Schülern mit einem Lehrer stehen solche in höheren Schulen mit nur 6, 10 oder 12 Schülern gegenüber. Bei der Schilderung dieser Dinge müsse unbedingt an das Wort von der „Menschengüte“ erinnert werden. Er (Redner) sei durchaus kein Gegner der höheren Schulen, sondern er wünsche eine Verbesserung unserer Schulverhältnisse und eine Hebung der gesamten Bildung, vor allem der unteren und mittleren Schichten des Volkes. Dieses Ziel sei erreichbar ohne jeglichen Mehraufwand durch eine bessere Organisation. Hierzu sei zu rechnen: 1) Die Einführung von paritätischen Schulen, 2) die Gründung von Bezirksschulen durch Zusammenfassung naheliegender Gemeinden, und 3) die Aufhebung schwach besuchter Latein- und Realschulen. Vor allen Dingen wäre aber die strenge Einhaltung des Gesetzes nötig — was heute keineswegs der Fall sei. Er sei der festen Überzeugung, daß in Bälde auch für Württemberg die Zeit kommen werde, in der insbesondere die geistliche Schulaufsicht beseitigt wird und an ihre Stelle leitende und verwaltende Schulbehörden treten, die mit voller, nicht improvisierter Einsicht und Liebe ganz in der Sache stehen und ungeteilt nur für sie leben; denn Aufsicht ohne Einsicht, ohne genau fortschreitende praktische Einsicht sei ein Scheinwesen, dem keine menschliche Macht Wahrheit und Wirkksamkeit geben könne.

#### Tages-Nachrichten.

**Wildberg, 13. Januar.** Ausgeräumt. Einige Männer haben nachts in der Sonnenwirtschaft fortgeschleppt, was sie in einem großen Armford mitnehmen konnten. Am anderen Morgen war im Duffel saubere Arbeit gemacht.

**Herrenberg, 13. Jan.** Vom Herbranden ist der Gjahr Eugen Beerstecher herabgestürzt. Er starb an dem erlittenen Schädelbruch.

**Sulz a. N., 13. Jan.** Neckarsteig. Das Projekt in der Nähe des Waldesplatzes einen Weg über den Neckar zu legen, soll mit Hilfe der Stadt durch den Verschönerungsverein zur Ausführung kommen.

**Schramberg, 13. Januar.** Vermißt wird seit 4 Wochen der Schneidermeister Joseph Bodmer. Nach einem hinterlassenen Schreiben trug er sich mit Selbstmordgedanken.

**Schwemningen a. N., 12. Jan.** Die Automobil-Verbindung Schwemningen-Dürheim-Donaueschingen

scheint lt. „Schw. Bld.“ gänzlich zu scheitern. Nachdem von der Gemeinde Dürheim eine Garantieleistung abgelehnt worden ist, hat auch Schwemningen eine solche wiederholt abgelehnt.

**Ebingen, 14. Jan.** In den Finger gebissen. Schumann Schuler wollte kürzlich einen bettelnden Handwerksburschen Namens Matthäus Eutingen von Schwaigern festnehmen. Dieser leistete aber Widerstand, so daß beide miteinander zu Boden kamen. Hiesel wurde der Schumann von dem Handwerksburschen derart in den Daumen der rechten Hand gebissen, daß der Finger eiterte und Schuler sich nun zwecks Operation in die Klinik nach Tübingen begeben mußte.

**Sigmaringen, 11. Jan.** Der Kommunalalltag beschäftigte sich Dienstag mit den Anträgen des Landesausschusses. Der Verwaltungsetat der Gebäudeversicherungs-Gesellschaft wird in Einnahme und Ausgabe auf etwa 135 000 M. festgelegt. An Unterstufungen der Abwasser-Verorgungsanlage der Gemeinden Sammetingen, Feldhausen, Harthausen und Steinhilben werden 25 000 Mark in fünf Raten bewilligt. Die Erwerbung von Areal für das Fürst Karl-Landeshospital in Größe von 34 Ar wurde gutgeheißen. Bei den Taggeldern und Reisekosten der gewählten Mitglieder des Kommunalalltags, des Landesausschusses und der Landeskommission blieben die alten Sätze bestehen. Bei bedürftigen einzelnen Gemeinden sollen die Beihilfen für öffentl. Wasser-Verorgungsanlagen nicht unter 10 Prozent und bei Gruppen nicht über 20 Prozent betragen.

In der Mittwoch Sitzung wurden die Anträge behufs Uebernahme der Brücke über den Neckar bei Fischingen, sowie der neuen Lauchertalbrücke beim Rathaus in Sigmaringendorf auf den Landeskommunalverband angenommen. Zu dem Umbau der Lauchertalbrücke in Sigmaringendorf wird ein Zuschuß von 1900 M. bewilligt. Der Gemeinde Bertingenstadt wird ein Beitrag von 7000 Mark zu dem Umbau der Lauchertalbrücke daselbst bewilligt. Die weiteren Kosten des Umbaus von 10 000 M. trägt die Gemeinde selbst. Auf das Gefuch der Gemeinde Wilsingen betr. die durch Hochwasser beschädigten Binalwege wird ein Beitrag von 100 M. bewilligt. Ebenso der Gemeinde Thalheim 250 M. und der Gemeinde Storzlingen 200 M. Im Straßenbau Etat sind für das Jahr 1905 33 580,75 M. an Verwaltungskosten vorgesehen. Für Neubauten sind 35 000 M. vorgesehen. Die Länge der Straßen beträgt 239 196 Kilometer, die einen Aufwand von 123 200 Mark erfordern, somit per Kilometer 515 M. gegen 488 M. im Vorjahr. Der ordentliche Etat weist 83 946,80 M. auf. Der Aufwand des Landeskommunalverbandes beträgt 70 Prozent mit 86 240 M. und der der Gemeinden und Amtsverbände 38 960 M. Die für die Umlandlung in Burladingen vorgesehene Summe von 700 M. wurde abgelehnt, während für die Umlandlung des Bürgersteiges in Hechingen ein Beitrag von 700 M. bereit gestellt wird. Für Anlage fester Gehwege in der Karlsstraße in Sigmaringen sind vom Landesausschuß 3000 M. vorgesehen. Für die Regulierung in Krauchenwies soll ein Projekt ausgearbeitet und die Kosten hierfür in den Etat 1906 eingelegt werden.

**Sigmaringen, 13. Jan.** Der XIV. Württemb. Habenzoll-Bräuertag verbunden mit einer Fachausstellung draufschiffischer Apparate findet hier vom 9. bis 17. Juli 1905 statt. Vorträge halten die Herren: Oberingenieur Goshlich von der Versuchs- und Lehranstalt in Berlin, — Dr. Paul Wallenburg, Brauereidirektor, über: „Die soziale Stellung der Bierbrauerei“ — und Herr Direktor Angst vom Fränkischen Kohlenkonsumverein über: „Veränderungen im Gebiete der Kohlenproduktion und des Kohlenhandels“. Die Bedeutung dieser Beratungen, welche auf die Zeit vom 9.—12. Juli festgelegt worden sind, wird noch erhöht durch den Umstand, daß mit denselben zugleich eine Fachausstellung sämtlicher für die Brauerei in Frage kommender Maschinen und Apparate verbunden ist, welche bis zum 17. Juli geöffnet bleiben wird. Prospekte und Anmeldebroschüre für die Ausstellung sind von dem Vorsitzenden der Ausstellungs-Kommission, Herrn Stadtverordneten Graf zu bezichen. Ueber die Anmeldefrist (bis längstens 1. Juli ds. Jg.), die zu erhebende Platzmiete (3—5 Mark pro Quadratmeter Bodenfläche, 1—2 Mark pro Quadratmeter Wandfläche), sowie die sonstigen Ausstellungsbedingungen giebt der Prospekt genaueren Aufschluß. Zu jeder weiteren Auskunft ist der Vorsitzende des Lokal-Komitees, Herr Hoflieferant J. Maag, jederzeit gerne bereit.

**Thauheim, 13. Jan.** Infolge einer Wette mit einem Viehhändler aus Zimmern holte hier bei einer Hochzeit ein Mann ein Rind in den Hochzeitssaal zur nachmaligen Beschauung. Die Sache galt 2 Flaschen Wein!

**Ohlingen, 12. Januar.** Durch Elektrizität getötet. Heute kam ein Hilfsmonteur in Verbindung mit der Hochspannungsleitung im Transformatorhaus in Oberthauheim und war sofort tot.

**Tübingen, 13. Januar.** Der Nachfolger Sigwarts, Professor Dr. Adikes, hielt gestern in der Aula seine Antrittsrede über „Karakter und Weltanschauung“.

**Schlaitdorf, 13. Jan.** Der Wilderer. Einem 17 Jahre alten Burschen ging beim Wildern ein Schrotschuß in den Oberschenkel und in den Unterleib, so daß er schwer verletzt in die Klinik nach Tübingen verbracht werden mußte.

**Neutlingen, 13. Jan.** Ein Schadenfeuer entzündete gestern im 2ten Stock der neuen Gminder'schen Spinnerei. Der Schaden soll sehr bedeutend sein.

**Stuttgart, 13. Jan.** Die drei Mohren. An der Ecke Schloß- und Friedrichstraße, einem der belebtesten Punkte der Residenz, kam es heute zu einem Handgemenge zwischen drei kräftigen Bauarbeitern und drei Farbigen, die offenbar die Bauarbeiter an der Fortsetzung ihrer Arbeiten (Umbau des Restaurants Heller in ein Automaten-Restaurant) hinderten. Der Kampf endigte, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre, nach einigen Minuten mit der vollständigen Niederlage der Schwarzen, die darauf in Sicherheit gebracht wurden, wahrscheinlich um fortan einem andern — Gasthaus zur Reklame zu dienen. Es handelte sich nämlich um die drei Mohren, die bisher an dieser Ecke die Augen aller Fremden beim Betreten der Residenz auf sich gelenkt hatten und nun ihre Schuldigkeit getan haben und gehen können.

**Vaihingen, 13. Jan.** Vom Zug erfasst wurde der 44jährige W. Fische von hier, als er den Bahnübergang überschreiten wollte. Fische, der etwas angetrunken war, trug schwere Kopfverletzungen davon.

**Jussenhausen, 13. Jan.** Edles Wild. Der Jäger Reinhardt suchte dem ihn begleitenden Landjäger zu

entfliehen. Der Landjäger gab Reinhardt die Befehle zum Halten und schoß darauf den Fliehenden an. Reinhardt ist gestorben.

**Weserg, 13. Jan.** Herabgestürzt ist der Kaufm. Weber aus Lindbrom, welcher von dem Gerüste eines Neubaus eine photographische Aufnahme machen wollte. Weber starb nach einer Viertelstunde.

**Ulm, 13. Jan.** Explodiert ist einem Soldaten in Neu-Ulm beim Scheidenschießen das Gewehr, und zwar mit solcher Gewalt, daß selbst der Schaft des Gewehrs zerplittert wurde. Der Mann kam mit dem Schreden davon.

**Karlsruhe, 13. Januar.** Vom konfessionellen Kriegsschauplatz. Wie der „Badische Beobachter“ behauptet, trat sich in einem zu einem Drittel katholischen, zu zwei Dritteln protestantischen Orte folgendes Vorkommnis zu: Kürzlich starb in Waldorf ein katholischer Ehemann. Der protestantische Witwe ließ trotz des Wunsches, den dem Sterbedeute ausdrücklich ausgesprochenen Wunsches, den Kindern ihre katholische Religion zu lassen, diese mit Genehmigung des Amtsgerichtes Wiesloch protestantisch werden. Es sind dies drei schulentlassene und drei schulpflichtige Kinder. Von diesen weigerte sich der nahezu 14jährige Knabe nun, sowohl protestantisch zu werden, als auch zur Mutter zurückzukehren, weil er voraussetzte, daß man ihn hier mit Gewalt zum Konfessionswechsel zwingen werde. Nun wurde die Hilfe der Polizei in Anspruch genommen. Zweimal wurde der Knabe vom Polizeidiener nach Hause gebracht. Der Knabe weigerte sich, den protestantischen Religionsunterricht zu besuchen, und wurde deshalb vom Polizeidiener aus dem Unterricht des katholischen Geistlichen in den des protestantischen geholt. Als er die Bibel nicht annehmen wollte, wurde sie ihm an den Kopf geworfen und er bekam Schläge. Unten an der Schulhausstiege wurde er vom protestantischen Pfarrer in Empfang genommen und von ihm in höchstehemmer Person am Ohr in den Konfirmandenunterricht gezogen und dort des Orients geschlagen, daß der Mißhandelte am nächsten Tage sich auf der Straße erklärte, den Unterricht zu besuchen. Da man dies für Verstümmelung hielt, wurde der Polizeidiener geschickt, der den Knaben im Verein mit der Mutter aus dem Bette zog. Ein andermal besuchte der Knabe, da an jenem Tage der Religionsunterricht des protestantischen Lehrers ausfiel, den des katholischen Lehrers. Da kam der protestantische Pfarrer und holte den Knaben heraus und jagte ihn heim. Man kann nun viertel in der Woche vormittags 11 Uhr immer das schöne Schauspiel erleben, wie einige protestantische Konfirmanden nach Schluß der Schule an der Stiege stehen, um den seinem Glauben treuen Knaben in die Konfirmandenstunde zu ziehen. Der protestantische Pfarrer übernimmt dabei die Begleitung des schönen Zuges.

**Landau, 13. Januar.** Die Typhusfälle im 18. Infanterieregiment nehmen zu. Zur Zeit sind 19 Typhusfälle und 2 verdächtige Fälle konstatiert worden.

**Essen a. N., 14. Jan.** Verlobt hat sich Fräulein Bertha Krupp, Tochter des bekannten verstorbenen Industriellen mit Herrn Dr. Hed aus Rheydt.

**Leipzig, 12. Jan.** Ein großer Goldwarentraubstahl ist heute Nacht verübt worden. In das Goldwarentgeschäft von Oskar Mesche drangen durch die Decke des Ladens Diebe gewaltsam ein und entwendeten für etwa 10 000 M. Schmucksachen. Von den Einbrechern fehlt noch jede weitere Spur.

**Lübeck, 14. Jan.** Kanonenschüsse warnten die Bevölkerung gestern wieder vor Hochwasser. Die tiefer gelegenen Straßen der Stadt sind bereits überflutet.

#### Die ersten unterseeischen Minen.

Die Japaner haben bekanntlich Schiffen mit Rücksicht auf die in den Gewässern von Port Arthur liegenden Minen und deren kompliziertes System die Einfahrt in den Hafen verweigert. Es mag daher von Interesse sein, etwas von den ersten Minen zu erfahren, die mit dem Schuß der Kieler Fährde gegen dänische Kriegsschiffe im Jahre 1848 und mit dem Namen von Werner von Siemens verknüpft sind und die jedenfalls an einer übergroßen Kompliziertheit der Konstruktion und des Bedienungssystems nicht geiltien haben. Da die für den Zweck bestellten Kanonenschiffe aus Berlin nicht eingetroffen waren, wurden eine Anzahl von großen Stückfassern gedichtet und gepicht, mit Pulver angefüllt und mit Zündern versehen. Darauf verankerte man sie vor der Badanstalt, zwanzig Fuß unter Wasser. Die Zündleitungen wurden nach zwei Stationen am Ufer geführt und der elektrische Stromkreis geschlossen, so daß bei Schließung der Kontakte auf beiden Ufern ein über einem Fuß befindliches Schiff in die Luft fliegen mußte. Das wurde mit kleinen unbemannten Booten ausgeprobt. Uebrigens kam vor dem durch den bekannten Handreich gewonnenen Friedrichsort durch eine Unvorsichtigkeit eine solche Mine zur Explosion, deren Wirkung eine so katastrophale war, daß alle Fensterscheiben, Dächer und ähnliche Dinge in der ganzen Umgebung arg zugerichtet und demoliert wurden. Dänische Zeitungen schrieben sogar, durch eine der unterseeischen Minen, mit denen der Kieler Hafen gepflastert sei, wäre Friedrichsort zum Aufstiegen verdammt worden! Jedenfalls wurde der von Siemens angelegte Fährde erreicht, denn kein dänisches Kriegsschiff wagte aus Furcht vor den Minen, in den Hafen einzudringen.

#### Baumwolle.

Dem jüngst erwähnten Beschluß des Verbandes Deutscher Baumwollgarn-Konjumenten in Dresden, mit Rücksicht auf die großen Garnabschlüsse, die auf Drängen der Spinner noch zu den vor dem scharfen Kurssturz der Rohbaumwolle gültig gewordenen Notierungen getätigt worden sind, an den seitherigen Fabrikatpreisen festzuhalten, hat sich nunmehr auch der Verband Süddeutscher Baumwollgarn-Konjumenten, sowie der Verein Süddeutscher Trikotfabrikanten in Stuttgart angeschlossen. Für den Beschluß der Trikotfabrikanten wird noch darauf hingewiesen, daß diese ohnehin in der schwierigen Lage sich befinden, daß sie schon im November ihre Warenpreise für das kommende Jahr festsetzen müssen und daran gebunden bleiben, auch bei hochgehender Konjunktur, wie das voriges Jahr der Fall war.

#### Baumwollmarkt.

Bremen, 13. Jan. Upland middling loco 36,50. Ruhig.



**Letzte Nachrichten.**

**Stuttgart, 15. Jan.** Der Direktor der Württembg. Bankanstalt, Wilhelm Geßel, ist gestern abend nach längerer Krankheit im Diakonissenhaus gestorben.

**Essen, 14. Jan.** Die Zahl der Ausständigen in der Frühlingszeit beträgt 49794. Vom Ausstand sind 99 Zechen betroffen.

**Essen, 14. Jan.** Es sind heute 8 Zechen neu in den Ausstand getreten.

**Ragajati, 14. Jan.** General Stössel mit Gemahlin sind heute hier eingetroffen.

**Aus Stadt und Umgebung.**

**Wildbad, 15. Jan.** Die zur Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen Partei am Samstag stattgefundene Versammlung war von 70-80 Personen besucht. Im Mittelpunkt stand der Bericht des Parteisekretärs Dr. Fezer über „die politische Lage im Reich und im Land“. Er ging aus von der Hebung des Volkswohlfundes, die sich durch die Spareinlagen und den Fleischkonsum nachweisen lassen und der Volksgesundheit, die sich durch das höhere Durchschnittsalter und den Geburtsüberschuß zeige, um dann nachzuweisen, daß wir unsere Rüstungen zu Wasser und zu Land nicht einschränken können. Die Stellung der Partei zur Sozialdemokratie und zum Zentrum wurde genau dargelegt, wobei das Zentrum als der größere Feind bezeichnet wurde. Mit einer in dieser Partei ungewohnten Schärfe wurden die Geschenke des Kaisers an das Ausland und das Telegramm an den Regenten von Lippe kritisiert, was Herrn Oberförster Hopfengärtner nachher veranlaßte, dagegen zu sprechen, worauf ihm der Bescheid wurde, daß diese Kritik an die Adresse des Reichstanzlers gerichtet war. Auch Mißstände im Offizierkorps

und die Soldatenmißhandlungen kamen zur Sprache. Außer der Reichspolitik kam die Landespolitik zur Behandlung, indem die durch das Scheitern der Schulgesetznovelle geschaffene Lage beleuchtet wurde. Als weiterer Redner trat noch Herr Reallehrer Rirschmer auf, der den Niedergang des Liberalismus der Gleichgültigkeit und Spaltung der bürgerlichen Kreise zuschrieb und zur Sammlung und Einigung des liberalen Bürgertums aufmunterte.

\* Für die baulichen Aenderungen im Verwaltungsgebäude Calmbach sind folgende Bauarbeiten im Auftrage zu vergeben: 1. Zimmerarbeit 1700 Mk., 2. Gipserarbeit 420 Mk., 3. Schreinerarbeit 1450 Mk., 4. Glaserarbeit 300 Mk. und 5. Schlofferarbeit 895 Mk. Pläne, Kostenanschlag und Bedingungen liegen in dem Geschäftszimmer der Kgl. Eisenbahnbau-Inspektion Pforzheim, Luisenstraße Nr. 2, zur Einsicht auf. Tüchtige Unternehmer werden eingeladen, Angebote in Prozenten des Kostenvoranschlags ausgedrückt, verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens Samstag den 21. Jan. d. J. vormittags 9 Uhr an die Kgl. Württ. Eisenbahnbauinspektion in Pforzheim einzureichen. Der Bauinspektion nicht bekannte Bewerber haben ihrem Angebot Fähigkeits- und Vermögenszeugnisse neueren Datums anzuschließen.

\* Um Mitarbeit im lokalen Teil unseres Blattes möchten wir unsere Leser bitten. Trozdem von uns Vorkerkungen getroffen sind, mit Hilfe von ständigen Mitarbeitern allen Ansprüchen der Leser inbezug auf die lokale Berichterstattung gerecht zu werden, so kann dennoch die Zeitungsredaktion die gelegentliche Mitarbeit der Abonnenten nicht entbehren, und die Leser können ihrem Blatte durch Mitteilung von Vorkommnissen, deren Zeugen sie vielleicht gewesen sind oder von denen sie erfahren, gar gute Dienste leisten. Das gilt von kurzen Mitteilungen, z. B. über

Unglücksfälle, Verkehrsstörungen, Jubiläen und hundert anderen Fällen. Wir ersehen gerne die Portokosten.

**Standesbuch-Chronik der Stadt Wildbad**

- Geburten.**
- 6. Jan. Klaus, Wilhelm, Holzauer hier, 1 Tochter. (Geschließungen.)
  - 7. Jan. Köhler, Franz, Eugen, Bruno, Oberkellner in Metz und Bägner, Luise Wilhelmine hier.
  - 7. Jan. Schill, Karl Wilhelm, Baddiener hier und Krauß, Luise Marie, Baddienerin hier. (Aufgebote.)
  - 9. Jan. Schmid, Wilhelm Gottlob, Schneidermeister hier und Wendel, Marie Karoline hier.
  - 10. Jan. Waidelich, August, Schneider in Nonnenmühl und Bott, Marie, Pauline, in Höfen a. E.
  - 11. Jan. Pflugfelder, Karl Paul, Metzger in Stuttgart und Weller, Bertha, Dienstmädchen in Stuttgart. (Gestorbene.)
  - 7. Jan. Ackermann, Amalie geb. Graf, Ehefrau des Johann Philipp Ackermann hier, 58 Jahre alt.
  - 8. Jan. Treiber, Elsa Emma Anna, in Eprollenhäus, 2 Monate alt.
- Massenbachhausen, 13. Januar.** Bei der heutigen Ziehung der Kirchenbau-Lotterie Massenbachhausen fielen auf folgende Nummern erste Gewinne: No. 29 525 15 000 Mk., No. 24 142 6000 Mk., No. 82301 2000 Mk. No. 91 466 1000 Mk., No. 60516 1000 Mk., No. 27 308, 29202, 78517 je 500 Mk. (Ohne Gewähr).
- Neuenbürg, 14. Jan.** Das k. Oberamtsphysikat erucht um Einsegnung der Leichenschauregister und Gebammentagbücher.

**Bahn-Atelier**

**Neuenbürg**  
**Sauptstraße 211.**  
 Unterzeichneter empfiehlt sich in der Behandlung kranker Zähne. Einsetzen einzelner Zähne, sowie ganzer Gebisse unter sorgfältiger Bedienung.  
**Jul. Klausner,**  
 Zahntechniker.  
**Sprechstunden:**  
 in Wildbad jeden Montag im Hause des Herrn Wäckern. Besuche Hauptstr.

**Busten!**

Wer daran leidet, gebrauche die alleinbewährten bustenstillenden und wohlschmeckenden  
**Kaiser's Brust-Caramellen**  
 (Wahl-Extrakt in fester Form.)  
 2740 not. beglaubigte Zeugn. beweisen den sichern Erfolg bei Husten, Heiserkeit, Katarrh und Verschleimung.  
 Paket 25 Pfg.  
 Niederlage bei **Anton Heinen,** Wildbad-Pforzheim.

**Druck-Makulatur**

hat billig abzugeben  
 Verlag des **Freien Schwarzwälder.**

**Sächsische Tuch-Schuhe**

sowie **Kinderfußstiefel**

sind wieder eingetroffen u. empfiehlt solche  
**Gottl. Rixinger.**

**ZIGARREN**

(Nicotin-Arm)  
**C. W. Bott.**

**Wildbad. Bekanntmachung**

**Betreffend die Anmeldung der Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Rekrutierungsstammrolle.**

Auf Grund des Reichsmilitärgesetzes und der deutschen Wehrordnung § 25 und 45. Ziff. wird folgendes bekannt gemacht:

1. Zum Zweck der Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle haben sich in der Zeit

**vom 15. Januar bis 1. Februar 1905**

bei der Ortsbehörde anzumelden:

I. **Alle im Kalenderjahr 1885 geborenen und daher mit dem Beginn des Jahres 1905 in das militärpflichtige Alter eingetretenen jungen Männer, welche dem deutschen Reiche angehören.** Diese haben bei der Anmeldung ihr Geburtszeugnis vorzulegen, sofern die Anmeldung nicht in ihrem Geburtsorte selbst erfolgt.

2. **Alle Militärpflichtigen früherer Altersklassen und zwar so lange, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Dienstpflicht erfolgt ist.** Dazu gehören insbesondere die wegen zeitiger Ausschließungsgründe, wegen zeitiger Untauglichkeit, in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse, oder als überjährig Zurückgestellten. Diese Anmeldungspflichtigen haben bei der Anmeldung den im ersten Militärpflichtjahr erhaltenen Lösungsschein vorzulegen und etwa eingetretene Veränderungen (in Betreff des Wohnsitzes, des Standes etc.) dabei anzugeben.

Befreit von der Wiederholung der Anmeldung sind nur diejenigen Militärpflichtigen, welche für einen bestimmten Zeitraum von den Erfahrsbehörden ausdrücklich hievon entbunden oder über das laufende Jahr hinaus zurückgestellt worden sind.

3. **Eingewanderte, bei früheren Aushebungen Uebergangene etc. (R. M. G. § 11), welche im militärpflichtigen Alter stehen.**

4. **Die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten haben sich beim Eintritt in das militärpflichtige Alter, sofern sie nicht bereits vorher zum aktiven Dienst eingetreten sind, bei der Erfahrskommission ihres Bestimmungsortes (Oberamt) schriftlich oder mündlich zu melden und unter Vorlegung ihres Berechtigungsscheines ihre Zurückstellung von der Aushebung zu beantragen.**

II. **Die Anmeldung hat bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes zu erfolgen, an welchem der Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat.**

Als dauernder Aufenthalt gilt jeder nicht bloß vorübergehende Aufenthalt ohne Rücksicht darauf, ob er von bestimmter oder unbestimmter Dauer ist. Daher haben sich Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Diensthöten und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte der Rekrutierungsstammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem anderen Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen den Fall, daß sie ihre Wohnung an einem anderen Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem sein, oder sofern er noch nicht selbständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt, noch einen Wohnsitz hat, hat sich in seinem Geburtsorte, und wenn der Geburtsort im Ausland liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten.

III. **Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach No. 2 zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdienner, auf See befindliche Seeleute etc.) so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehrer, Prot oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.**

IV. **Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses behufs Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sich in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.**

V. **Die Versäumung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht; ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Bestellungspflicht, d. h. von der Verpflichtung, in den von den Erfahrsbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.**

VI. **Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.**

Den 7. Januar 1905.

**Stadtschultheißenamt: Währner.**

stimmter Dauer ist. Daher haben sich Haus- und Wirtschaftsbeamte, Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Diensthöten und in ähnlichen Verhältnissen lebende Personen an dem Orte der Rekrutierungsstammrolle anzumelden, wo sie in Diensten stehen, es wäre denn, daß sie nur tagsüber wegen ihres Dienstes dahin kommen und in einem anderen Orte ihre Wohnung (oder Schlafstelle) haben, in welchem Falle sie an dem letzteren Orte sich anzumelden haben.

Studierende, Gymnasialisten und Zöglinge anderer Lehranstalten haben sich an dem Ort der Lehranstalt anzumelden, der sie angehören, ausgenommen den Fall, daß sie ihre Wohnung an einem anderen Orte haben, von welchem aus sie die Lehranstalt besuchen.

Wer innerhalb des Reichsgebietes keinen dauernden Aufenthalt hat, hat sich bei der Ortsbehörde seines Wohnsitzes, d. h. desjenigen Ortes anzumelden, an welchem sein, oder sofern er noch nicht selbständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher Gerichtsstand sich befindet.

Wer innerhalb des Reichsgebietes weder einen dauernden Aufenthalt, noch einen Wohnsitz hat, hat sich in seinem Geburtsorte, und wenn der Geburtsort im Ausland liegt, in demjenigen Orte zur Stammrolle anzumelden, an welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten.

III. **Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach No. 2 zur Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene Handlungsdienner, auf See befindliche Seeleute etc.) so haben ihre Eltern, Vormünder, Lehrer, Prot oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stammrolle anzumelden.**

IV. **Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnsitz nach einem andern Aushebungsbezirk oder Musterungsbezirk verlegen, haben dieses behufs Berichtigung zur Stammrolle sowohl beim Abgange der Behörde oder Person, welche sich in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der Ankunft an dem neuen Orte derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spätestens innerhalb dreier Tage zu melden.**

V. **Die Versäumung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht; ebensowenig entbindet unterlassene Anmeldung zur Stammrolle von der Bestellungspflicht, d. h. von der Verpflichtung, in den von den Erfahrsbehörden anberaumten Terminen zu erscheinen.**

VI. **Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtigung derselben unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.**

Den 7. Januar 1905.

**Stadtschultheißenamt: Währner.**

